

Sitzung Nr. 11 vom 13. Dezember 2016

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Urs Wirth Alexander Kaufmann Angela Kummer Anna Duca (Ersatz) Aldo Bigolin Renato Müller Reto Gasser (Ausstandspflicht Traktandum 9) Ivo von Büren Richard Aschberger Marc Willemin Matthias Meier-Moreno Marco Crivelli Nicole Hirt
Entschuldigt	Clivia Wullimann
Anwesend von Amtes wegen	Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Tobias Würsch, Leiter Stadtgrün Susanne Leber, Rechtskonsulentin Christian Ambühl, Polizeikommandant Heinrich Roos, Leiter Baudirektion a.i. Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 19:10 Uhr
TRAKTANDEN	(2177 - 2187)
1	Protokoll der Sitzung Nr. 10 vom 22. November 2016: GR-Beschlüsse 2160, 2163, 2164 und 2166 (Genehmigung im Hinblick auf die Gemeindeversammlung vom 15. Dezember 2016)

- | | | |
|----|------|---|
| 2 | 2177 | VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN |
| 3 | 2178 | Friedhof: Änderungen Gebührentarif und Friedhofsreglement: 2. Lesung |
| 4 | 2179 | Erhöhung der Parkplatzgebühren (Ticketautomaten) |
| 5 | 2180 | Postulat Fraktion CVP: Gründung einer Immobiliengesellschaft im Eigentum der Stadt Grenchen, Resultate der Überprüfung und Antrag |
| 6 | 2181 | Schulen Grenchen: Reporting 2015/2016 |
| 7 | 2182 | Schulprogramm der Schulen Grenchen 2016 – 2020 |
| 8 | 2183 | Genehmigung Ferienplan 2018/2019 |
| 9 | 2184 | Tennishalle Grenchen AG: Vertretung der Stadt Grenchen; Wahl eines Vertreters |
| 10 | 2185 | Abschreibung von Vorstössen per 2016 |
| 11 | 2186 | Mitteilungen und Verschiedenes |
| 12 | 2187 | Ansprache des Stadtpräsidenten zum Jahresschluss |

- 0 -

Die GR-Beschlüsse Nr. 2160, 2163, 2164 und 2166 der Sitzung Nr. 10 vom 22. November 2016 werden genehmigt.

- 0 -

VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN

Friedhof: Änderungen Gebührentarif und Friedhofsreglement: 2. Lesung

Vorlagen: GRB 2163/22.11.2016
BD/01.12.2016

1. Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1. Tobias Würsch, Leiter Stadtgrün, fasst die Änderungen zusammen, die sich aufgrund des Antrages von Vize-Stadtpräsident Urs Wirth ergeben haben, und gibt ergänzende Erläuterungen.

2. Eintreten

Eintreten wurde bereits mit GRB 2163/22.11.2016 beschlossen.

3. Detailberatung
 - 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss
 - 4.1. Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:
 - 4.1.1 Der Gebührentarif vom 24. Juni 2008 zum Bestattungs- und Friedhofsreglement wird gemäss Synopsis geändert.
 - 4.1.2 Im Bestattungs- und Friedhofsreglement vom 24. Juni 2008 wird § 18 Abs. 3 geändert:
„Urnen aus abbaubarem Material können nicht exhumiert werden. Die Asche aus zu exhumierenden Urnen muss einer Person namentlich zugeschrieben werden können.“
 - 4.1.3 Die Änderungen treten auf 1. Januar 2017 in Kraft

Vollzug: RD, BD, KZL/EK

Beilage: Gebührentarif zum Bestattungs- und Friedhofreglement mit angezeigten Änderungen

BD
FV
PA
KZL (Genehmigung)

7.4.0.0 / acs

Erhöhung der Parkplatzgebühren (Ticketautomaten)

Vorlage: Stapo/30.11.2016

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Polizeikommandant Christian Ambühl fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.
- 1.2. Im Jahr 2016 wurden Fr. 337'352.65 durch Parkplatzgebühren eingenommen (Stand 31.12.2016). Durch die Erhöhung wird mit Fr. 60'000.00 Mehreinnahmen gerechnet.

2. Eintreten

- 2.1. Wie Gemeinderat Remo Bill ausführt, liegen die Parkplatztarife in der Stadt Grenchen - gemäss der gültigen Parkplatzordnung vom 2. Juli 2002 - deutlich unter dem Durchschnitt von anderen Städten wie Solothurn und Olten. Es ist sinnvoll, dass mit der Erhöhung der Parkgebühren eine städtisch einheitliche Lösung entsteht. Die Gebührenerhöhung bleibt dennoch moderat. Mit der Gebührenerhöhung wird ein Anreiz geschaffen, dass das vorhandene Parkhaus im COOP im Zentrum mehr benutzt wird. Auch kann durch die Angleichung der Gebühren die Suche nach Parkplätzen mit tieferen Gebühren eingeschränkt und das damit verbundene sinnlose „Herumfahren“ minimiert werden. Die P+R-Parkplätze der Pendler werden von dieser Erhöhung verschont. Wichtig sind auch die Mehreinnahmen für die Stadt Grenchen. Zudem müssen die bestehenden Parkuhren nicht ausgewechselt werden. Die SP-Fraktion wird der Erhöhung der Parkplatzgebühren zustimmen.
- 2.2. Gemäss Gemeinderat Richard Aschberger ist die SVP schon erstaunt über die Vorlage. Sie hat damals einer Überprüfung zugestimmt, auch in der Hoffnung, dass ihre Anliegen der letzten Jahre endlich seriös geprüft werden und vielleicht einmal Eingang finden. Jetzt wurde eine Vorlage unterbreitet, die sehr einseitig gestaltet wurde. Man beantragt grösstenteils massive Preiserhöhungen, diverse Male sogar um Faktor 2 und 3. Man will auch die Zeiten, in denen man Geld einwerfen muss, erweitern. Die Vorlage ist relativ dünn gehalten, auch wenn man jetzt noch zusätzliche Informationen erhalten hat. Er bittet, im Protokoll festzuhalten, was man durch die Erhöhung zusätzlich zu verdienen gedenkt, damit man die Angaben später überprüfen kann. Er ist persönlich enttäuscht, dass seine Anliegen gar nicht berücksichtigt wurden. Er hat in den letzten Jahren verschiedene Vorstösse eingereicht. Es wurde damals in Aussicht gestellt, dass sie geprüft würden, z.B. 15 Minuten kostenloses Parkieren, zusätzliche 15-Minuten-Parkplätze an der Bettlachstrasse. Mit diesem Anliegen ist auch der Gewerbeverband in den letzten Jahren an die Stadt gelangt.

Was in der Vorlage beantragt wird, schadet dem hiesigen Gewerbe und fördert eine weitere Marktverzerrung bei gewissen Geschäften. Beispielsweise bei den Restaurants: beim Parktheater kann man am Mittag gratis parkieren ebenso beim Grenchner Hof und beim Feldschlössli. Andere Restaurants wie z.B. Krebs und Baracoa etc. haben diese Möglichkeit nicht. Dort müssen die Kunden Geld in die Parkuhr werfen. Natürlich ist der reine Frankenbetrag nicht hoch, aber wer berufsbedingt viel auswärts essen muss, der spürt das. In Ziff. 1.4 der Vorlage steht: *„Des Weiteren können Elektro- sowie Naturgas- und Erdgasfahrzeuge von der Gebührenpflicht ausgenommen werden.“* Wenn man das „Reglement über die Benützung der öffentlichen Parkplätze“ ohnehin einmal zuhanden der Gemeindeversammlung anpassen muss, dann würde er beantragen, dass man diesen Passus streicht. Es kann nicht sein, dass jemand mit einem Tesla mit 2.5 Tonnen gratis parkieren kann, ein anderer mit einem Hybrid Smart mit 750 Kilos aber zahlen muss. Aktuell ist es für alle gleich, er hofft, dass es auch in Zukunft so bleiben wird. Die SVP hat sich immer für das Gewerbe eingesetzt und wird dies auch weiterhin tun. Sie lehnt deshalb die massive Gebührenerhöhung klar ab. Die Bewirtschaftung der Parkplätze beim Velodrome/Schwimmbad steht ebenfalls noch aus (Auftrag im Rahmen von EFFIBAU). Man sollte im Hinterkopf haben, dass hier auch noch zusätzliche Gebühren in die Stadtkasse fliessen sollen.

- 2.3. Den Punkt mit den Elektro- sowie Naturgas- und Erdgasfahrzeugen, so Gemeinderat Marco Crivelli, hat die CVP-Fraktion ebenfalls gestört. Auch diese Autos brauchen einen Parkplatz und sollen dafür zahlen. Schliesslich sind Elektro- und Solarfahrzeug schon von der kantonalen Motorfahrzeugsteuer befreit, dann soll man sie hier nicht noch weiter befreien. Grenchen hat im Vergleich zu anderen Städten sehr günstige Tarife. Deshalb macht eine Anpassung durchaus Sinn. Es ist auch begrüssenswert, dass eine einheitliche Tariflösung umgesetzt werden soll. Die CVP ist für Eintreten auf die Vorlage und wird der Gebührenerhöhung zustimmen.
- 2.4. Die FDP-Fraktion, so Gemeinderat Reto Gasser, ist auch der Ansicht, dass die Erhöhung im moderaten Bereich liegt. Im Vergleich zu anderen Städten in der Region Mittelland ist das keine massive Erhöhung, sondern man nähert sich dem Durchschnitt an. Grenchen war bis anhin sehr günstig. Man wird nicht einen riesigen Gewinn erwirtschaften, aber die angespannte Finanzsituation rechtfertigt eine Angleichung an die umgebenden Städte. Er bekundet auch Mühe, dass Elektro- sowie Naturgas- und Erdgasfahrzeuge ausgenommen werden können. Eine Parkgebühr ist nichts anderes als eine Gebühr für eine Sondernutzung an öffentlichem Eigentum. Man kann nicht bei der einen Kategorie sagen, dass sie den Boden weniger benutzt, nur weil es ein Elektrofahrzeug ist. Im Moment steht der Passus aber so im Reglement drin. Es ist angezeigt, dies einmal anzupassen. Er bittet den Rechtsdienst, gründlich zu prüfen, ob das rechtlich überhaupt geht und nicht eine Verletzung des Gleichbehandlungsgebots darstellt. Die FDP wird der Vorlage zustimmen. Es trifft nicht zu, dass alle, welche der Erhöhung der Parkplatzgebühren zustimmen, gewerbefeindlich sind, da diese Anpassung das Gewerbe nicht allzu gross betrifft, sondern mehr private Benutzer. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten.
- 2.5. Christian Ambühl bemerkt, dass das Thema Kurzzeit-Parkplätze nicht angeschaut wurde. Es wurde mit den Parkplätzen gearbeitet, die momentan bestehen. Die Befreiung von der Gebührenpflicht gilt bei Elektro- sowie Naturgas- und Erdgasfahrzeugen nur für Parkkarten von Anwohnern und nicht für gebührenpflichtige Parkplätze. Wenn jemand in den Genuss einer solchen Befreiung kommen will, muss er seinen Fahrzeugausweis vorlegen, damit es kontrolliert werden kann.

Will man diese Ausnahmeregelung abschaffen, muss der Gemeinderat als zuständiges Gremium dies so entscheiden. Betreffend Kurzzeit-Parkplätze ist anzufügen, dass man im COOP-Parkhaus in der ersten Stunde nichts bezahlt.

- 2.6. Stadtpräsident François Scheidegger war nicht bewusst, dass es so eine Ausnahmeregelung gibt. Er hat hier auch rechtliche Bedenken und glaubt nicht, dass dies zulässig ist. Das müsste der Rechtsdienst einmal anschauen. Er macht beliebt, das Thema Kurzzeit-Parkplätze im Zusammenhang mit der Überprüfung des Parkraumkonzepts im ganzen innerstädtischen Bereich, welche ohnehin aufgrund von gewissen Projekten ansteht, zu prüfen. Er ist wie Richard Aschberger überzeugt, dass dies ein wichtiger Punkt ist, der etwas bringt. Heute soll aber gemäss Vorlage gefahren werden.
- 2.7. Gemeinderätin Nicole Hirt betont, dass es COOP-Parkhaus 368 Parkplätze zur Verfügung stehen, auf denen in der ersten Stunde gratis parkiert werden kann. Vom Zugang Bettlachstrasse sind es gerade einmal 100 bis 150 m zu den Zentrumsgeschäften. Wenn ein Autofahrer nicht ins Parkhaus fahren kann, ist dies sein Problem. Wer mit dem öffentlichen Verkehr einkauft, zahlt auch das volle Busbillett und hat keine Ermässigung. Sie sieht hier eine Bevorteilung der Autofahrer. Dies kann eine Energiestadt sicher nicht wollen.
- 2.8. Richard Aschberger hört heute auch zum ersten Mal, dass Besitzer von Elektro- sowie Naturgas- und Erdgasfahrzeugen von der Gebühr für Parkkarten befreit sind sprich die Parkkarten gratis erhalten.
- 2.9. Christian Ambühl bestätigt, dass die Ausnahmeregelung den wenigsten bewusst, aber so im Reglement festgeschrieben ist.
- 2.10. Gemeinderat Alexander Kaufmann findet, dass man diesen Passus streichen sollte. Die Befreiung der Gebührenpflicht bei Parkkarten ist sicher nicht der Anreiz, weshalb man ein Elektrofahrzeug fährt. Hinter einem Kauf stehen andere Ideen und Überzeugungen. Das ist ein völlig falscher Ansatz. Das Reglement müsste von der Gemeindeversammlung dahingehend geändert werden, dass keine Ausnahmeregelungen mehr möglich sind.
- 2.11. Stadtschreiberin Luzia Meister weist darauf hin, dass das „*Reglement über die Benützung der öffentlichen Parkplätze*“ die Möglichkeit von Ausnahmen vorsieht (§ 7 Abs. 3). Dies wurde von der Gemeindeversammlung so beschlossen. Aufgrund dessen erliess der Gemeinderat „*Ausführungsbestimmungen über das unbeschränkte Parkieren auf Flächen mit Parkscheibenpflicht*“. Darin wurden die Ausnahmen festgehalten. In der „*Parkgebührenordnung*“ (Kurz- und Langzeitparkplätze etc.) sind die Elektro- sowie Naturgas- und Erdgasfahrzeuge nicht ausgeschlossen. Dort zahlen sie ganz normal. Wenn man es jetzt ändern möchte, müssten nur die Ausführungsbestimmungen angepasst werden (§ 6 Abs. 3 lautet: „*Elektro- sowie Naturgas- und Erdgasfahrzeuge sind von der Gebührenpflicht ausgenommen.*“). Die Änderung wäre in der Kompetenz des Gemeinderates.
- 2.12. Nach Auffassung François Scheidegger müsste eine Änderung der Ausführungsbestimmungen sauber traktandiert werden. Christian Ambühl wird zu diesem Punkt nochmals mit einer Vorlage in den Gemeinderat kommen.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht mit 12 : 3 Stimmen folgender

4. Beschluss

4.1. Der Änderung der Parkgebührenordnung vom 2. Juli 2002 gemäss Ziffer 2.3 der Vorlage wird zugestimmt.

4.2. Die Parkgebührentarife gemäss Ziffer 4.1 der Vorlage treten auf den 9. Januar 2017 in Kraft.

Vollzug: Stapo, RD

Stapo
FV
RD

6.3 / acs

Postulat Fraktion CVP: Gründung einer Immobiliengesellschaft im Eigentum der Stadt Grenchen, Resultate der Überprüfung und Antrag

Vorlage: LA Zirk-B 42/02.2016

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Heiner Roos, Leiter Baudirektion a.i., ausführt, reichte die CVP am 24.02.2015 ein Postulat zur Gründung einer Immobiliengesellschaft im Eigentum der Stadt Grenchen ein. Es sollte geprüft werden, ob die im Eigentum der Stadt Grenchen liegenden Immobilien durch die Immobiliengesellschaft verkauft, weitere erworben oder erstellt werden können. Das Unternehmen BAUBERATUNG wurde beauftragt, die Liegenschaften zu bewerten. Das Resultat der Liegenschaftsbewertung hat ergeben, dass alle ausser einem Objekt zu 100% vermietet sind. Die festgelegten Mietzinse sind ortsüblich und angemessen und die Investitionen werden durch die Mieteinnahmen in der laufenden Rechnung gedeckt. Mit den Liegenschaften wird jährlich ein Ertrag von rund 1.4 Mio. Franken erwirtschaftet. Zur Gründung einer Immobiliengesellschaft müssten ca. 10 Mio. liquide Mittel und personelle Ressourcen organisiert werden. Die Finanzverwaltung bestätigt die guten Renditen, die sich mit den Werten aus der Umstellung auf HRM2 decken. Die Bruttorenditen der Liegenschaften liegen mit wenigen Ausnahmen zwischen 4,5 und 5%. Die Stadt Bern hatte 2002 Stadtbauten aus finanziellen Überlegungen ausgelagert. Das Vorhaben ist gescheitert und die Stadtbauten wurden wieder in die Verwaltung zurückgeführt. Der Liegenschaftsausschuss teilt die Ansicht der Baudirektion, dass das Immobilienportfolio von 30 Mio. zu klein ist. Gestützt auf diese Beurteilung wird dem Gemeinderat beantragt, auf die Gründung einer städtischen Immobiliengesellschaft zu verzichten und gleichzeitig das Postulat als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

2. Eintreten

- 2.1. Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann hat die SP-Fraktion die Vorlage mit grossem Interesse gelesen und diskutiert. Die gute Idee mit dem Vorstoss der CVP als Postulat wurde auch von der SP begrüsst und unterstützt. Sie bedankt sich für die sehr gute Zusammenfassung der stadteigenen Liegenschaften und deren aktuellen Bewertung. Die Resultate der eingehenden Überprüfung des Anliegens durch den Liegenschaftsausschusses sind jedoch auch für sie einleuchtend und verständlich. Wie in den Erwägungen aufgeführt, ist das relativ kleine Immobilienportfolio von Fr. 38 Mio. einfach zu klein zur Gründung einer eigenen Immobiliengesellschaft.

Die heutige Liegenschaftsverwaltung der Stadt Grenchen, welche in der Baudirektion integriert ist, leistet über Jahre sehr gute Arbeit. Der umsichtige, praxisbezogene Umgang mit den städtischen Liegenschaften funktioniert sehr gut. Die Liegenschaften sind im Grossen und Ganzen in einem guten Zustand und sind „Up to Date“. Die Möglichkeit für die Stadt Grenchen, strategisch wichtige Liegenschaften zu kaufen, ist auch ohne eigene Immobiliengesellschaft gegeben. Das in der Vorlage erwähnte Beispiel der Stadt Bern, welche ihre Liegenschaften nach einer Auslagerung wieder in die Verwaltung zurückgeführt hat, spricht auch eher gegen eine eigenständige Immobiliengesellschaft.

Ein Punkt interessiert Alexander Kaufmann persönlich; es geht um die neu erworbene Liegenschaft Gibelstrasse 1. Es ist die einzige Liegenschaft, welche zurzeit nicht vermietet und somit ertragslos ist. Wie ist die weitere Nutzung dieser Liegenschaft geplant? Welche Absichten stecken hinter dem damaligen Kauf? Gerne erwartet er die Beantwortung seiner Fragen in der Detailberatung.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt das Geschäft gemäss Beschlussesentwurf.

- 2.2. Von einer Prüfung, so Gemeinderat Marco Crivelli, die annähernd 2 Jahre gedauert hat, hätte sich die CVP-Fraktion mehr erwartet. Es ist in dem Postulat nicht primär darum gegangen, ob die bestehenden Liegenschaften rentabel sind. Auch wurde die Arbeit der Baudirektion bei der Liegenschaftsverwaltung in keiner Art und Weise in Frage gestellt, weil die Verantwortlichen einen guten Job machen. Das Anliegen war, zu prüfen, ob eine stadteigene Immobiliengesellschaft nicht effizienter und zielgerichteter gerade im Bereich Wohnortmarketing und auf die Belebung des Zentrums Einfluss nehmen könnte. Eine Immobiliengesellschaft hätte eine klare Strategie und würde nicht einfach planlos Liegenschaften kaufen. Er spricht hier ebenfalls den Kauf der Liegenschaft Gibelstrasse 1 an. Er gibt der Verwaltung und dem Stadtpräsidenten recht, dass der Kauf der Liegenschaft sehr schnell und unkompliziert abgewickelt werden konnte, aber einfach ohne Strategie. Ob das Auftrag der Stadt sein soll oder nicht, stellt die CVP in Frage. Es ist ihr klar und es ist auch richtig so, dass die Baudirektion nicht aktiv auf dem Immobilienmarkt mitmischet. Eine solche Einflussnahme würde über eine Immobiliengesellschaft effektiver und zielgerichteter geschehen. Wie so eine Immobiliengesellschaft aufgestellt sein sollte und wie sie finanziert werden soll, wäre eigentlich Auftrag der Prüfung gewesen. In der Vorlage wird dazu relativ oberflächlich geantwortet; es sei schwer bis gar nicht finanzierbar und eine unabhängige Immobiliengesellschaft sei nicht transparent. Aus Sicht der CVP ist das eine sehr einfache Antwort nach einer Bearbeitungsdauer von 2 Jahren. Auch der Hinweis, dass die Stadt in der Pflicht ist, günstigen Wohnraum anzubieten, beisst sich nicht mit einer stadteigenen Immobiliengesellschaft, denn die Stadt hätte es ja in der Hand, einer solchen Gesellschaft Auflagen zu machen. Leider wird die CVP den Eindruck nicht los, dass man gar nicht will und es deshalb auch nicht vertieft geprüft hat. Die CVP fragt sich, zu welchem Zeitpunkt die Stadt resp. die Verwaltung die im Businessplan verankerte Wohnortförderung angehen will. Aber Papier ist zum Glück geduldig. Sie ist für Eintreten, wird aber beantragen, die Vorlage an die Verwaltung zurückzuweisen.
- 2.3. Gemeinderat Richard Aschberger erklärt, dass die SVP-Fraktion den Anträgen zustimmen kann. Jetzt endlich liegt eine Übersicht der Immobilien der Stadt Grenchen mit ihren Ertragswerten vor. Der Totalschnitt ist sicher in Ordnung, es hat aber noch Steigerungspotential bei einzelnen Liegenschaften.

Hat man im städtischen Immobilien-Portefeuille auch so etwas wie vergünstigtes Wohnen, Sozialwohnungen oder haben alle Wohnung marktgerechte Mieten? Vor ziemlich genau vier Jahren hat Richard Aschberger die Interpellation „Bewirtschaftung der städtischen Immobilien“ mit sehr ähnlichen Fragen eingereicht. Er wurde immer auf später vertröstet, was die Informationen angeht, oder es hiess, dass ein detailliertes Reporting über Aufwand/Ertrag der einzelnen Liegenschaften eher problematisch sei, weil es Neid und Missgunst bei Mietparteien, Bauberechtigten, Pächtern, etc. auslösen könne. Ihn würde schon interessieren, warum es jetzt vier Jahre später plötzlich geht. Damals war es anscheinend nicht umsetzbar bzw. eher ungewünscht. Er wäre froh, wenn die Verwaltung jetzt, wie bereits früher von ihm gefordert, eine Spartenrechnung Immobilien führen und diese im Verwaltungsbericht publizieren könnte (vgl. GRB 2664/19.02.2013).

2.4. Laut Gemeinderat Aldo Bigolin wurde die Vorlage in der FDP-Fraktion eingehend diskutiert. Es gibt hier vermutlich verschiedene Betrachtungsweisen, wie man das Thema anschaut:

1. Die Idee des Postulanten, Problemliegenschaften aufzukaufen, zu sanieren, auszubauen aufzuwerten, ist grundsätzlich gut. Aldo Bigolin fragt sich nur, ob es praktisch umsetzbar ist, wenn z.B. Besitzer von Problemliegenschaften nicht gewillt sind, ihre Objekte zu veräussern. Dann ist auch eine Immobiliengesellschaft nicht handlungsfähig und kann nichts dagegen machen. Zudem ist für die Immobiliengesellschaft eine Kapitaleinlage mit einer grösseren Summe nötig, was sich die Stadt wohl kaum leisten kann.
2. Die heutigen Liegenschaften sind rentabel. Man muss aber sehen, dass sehr viele Liegenschaften keine neuzeitlichen Grundrisse aufweisen. Je nach Alter und Zustand können die Unterhaltskosten sehr hoch ausfallen. Wollte man dort einmal zeitgemässe Wohnungen errichten, müsste man sehr viel Geld investieren. Für ihn ist hier der Punkt mit der Rentabilität in den nächsten 5 Jahren in Frage gestellt, weil dann das Bild ganz anders aussehen könnte.
3. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die Stadt überhaupt Wohnliegenschaften besitzen, ständig unterhalten und betreiben soll oder ob man sie nicht in einem Gesamtportfolio veräussern könnte. Das würde eine Einmaleinlage in die Stadtkasse geben und die Investitionsrechnung würde über Jahre dadurch entlastet werden.
4. Eine andere Idee könnte sein, die ganze Thematik einmal anders zu betrachten und eine Kooperation mit einem professionellen Immobilienunternehmen ins Auge zu fassen. Das wäre ein Ansatz, wie man das Ganze auch problemlos vorantreiben, an Liegenschaften herankommen und diese vorteilhaft wieder auf den Markt geben könnte.

Die FDP ist für Eintreten und wird aus besagten Gründen der Vorlage so zustimmen.

2.5. Gemeinderat Remo Bill macht darauf aufmerksam, dass bei den SBB und der Post momentan die Tendenz herrscht, eigene Liegenschaften zu verkaufen und sich einzumieten.

2.6. Laut Stadtpräsident François Scheidegger ist das eine Frage der Philosophie. Grossbanken trennen sich auch von ihren Liegenschaften. Der Kanton Solothurn hat eine gegenteilige Strategie, er erwirbt Eigentum. Die Stadt Grenchen sollte dies auch so handhaben.

- 2.7. Gemeinderat Ivo von Büren kann sich noch erinnern, als alt Gemeinderat Andreas Kummer das Postulat eingegeben hat. Es ist ihm nicht nur um die Firma gegangen, sondern auch darum, ob die Liegenschaften rentabel verwaltet werden. Was man in der Vorlage nicht sieht, ist, wie viele Stellenprozente die Baudirektion für die Liegenschaftsverwaltung einsetzt. Wenn er die 100 bis 120 Stellenprozente umrechnet auf eine Bruttorendite von 4.9%, ist das nicht gerade äusserst professionell. Er ist wie sein Vorredner der Meinung, dass, wenn man die Liegenschaftsverwaltung einer professionellen Firma übergeben würde, es vermutlich zeitgemässer wäre und man besser wüsste, was marktgerechte Mietzinse wären. Man könnte mit einer professionellen Bewirtschaftung hier viel mehr Geld verdienen. Im Portfolio der Stadt sind Liegenschaften, bei denen sehr grosser aufgestaunter Unterhalt vorhanden ist. Er macht beliebt, dass sich die Stadt in nützlicher Frist von diesen Liegenschaften trennt, denn die werden die Stadt einmal viel Geld kosten.
- 2.8. Laut Alexander Kaufmann steht in der Vorlage drin, dass Bewirtschaftung und Verwaltung der Liegenschaften der Stadt Grenchen mit 110-Stellenprozente erfolgen.
- 2.9. Aldo Bigolins Vorschlag war nicht, die Liegenschaftsverwaltung einer professionellen Firma zu übergeben, sondern mit einer professionellen Firma zu kooperieren und mit ihr einen gemeinsamen Weg anzugehen. So könnte man auch zügig Geschäfte abwickeln und Einfluss nehmen.
- 2.10. François Scheidegger war anfangs auch der Meinung, dass die Gründung einer städtischen Immobiliengesellschaft eine gute Idee ist, ist aber mit der Zeit zum Schluss gekommen, dass sie in dieser Art und Weise nicht umsetzbar ist. Er ist auch überzeugt, dass man es noch verbessern kann, z.B. mit Kooperationen mit professionellen Immobilienfirmen. Das wäre vielleicht eine Variante, die man genauer anschauen müsste.

Zur Liegenschaft Gibelstrasse 1: Die GRK hat beschlossen, die Liegenschaft einmal zu kaufen, um Zeit zu gewinnen und zu prüfen, was mit dem Grundstück geschehen soll. Die Baudirektion hatte vorher ein Abbruchgesuch erhalten, gleichzeitig wurde ein Projekt für ein Mehrfamilienhaus eingereicht. Die GRK war der Ansicht, dass das Grundstück eine grössere strategische, aber auch eine gewisse historische Bedeutung hat. Die Stadt konnte dann das Grundstück zu einem vorteilhaften Preis erwerben, so dass man sagen kann, dass die GRK hier sicher nichts falsch gemacht hat.

Im August 2015 wurde dem Gemeinderat eine Vorlage zum Verwaltungsneubau vorgelegt. Sie wurde in 1. Lesung behandelt. Das Geschäft ist immer noch pendent. Die Vorlage muss nochmals in 2. Lesung in den Gemeinderat kommen. Er hat die Baudirektion beauftragt, jetzt eine Auslegeordnung zu den Büroräumlichkeiten und zur ganzen Büroraumbewirtschaftung vorzunehmen. In diesem Prozess war bis jetzt sehr viel Dynamik drin; zuerst das Projekt Effibau (hier musste abgewartet werden, wie viele Stellen am Ende noch in der Baudirektion vorhanden sind), dann das alte SWG-Gebäude am Marktplatz (das war lange eine Option, jetzt ist es verkauft und es herrscht Klarheit), sodann die Liegenschaft an der Absyte 7 (das KJPD wird die Büroräumlichkeiten verlassen) sowie das Projekt EffiSDOL (hier ist man auch zu gewissen Erkenntnissen zum Thema Büroräumlichkeiten gelangt). Sodann sind auch im neuen SWG-Gebäude immer noch gewisse Büroräumlichkeiten frei.

Deshalb hat François Scheidegger in dem ganzen Kontext eine saubere Auslegeordnung verlangt. Es ist eine Vorlage in Vorbereitung, welche dem Gemeinderat nächstens vorgelegt wird.

Im Rahmen der Auslegeordnung soll auch die Frage geklärt werden, ob man die Liegenschaft Gibelstrasse 1 nutzen kann oder ob man sie veräussern soll (allenfalls mit einem Projekt darauf). Die GRK hat an ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Liegenschaft für eine Zwischennutzung für Asylunterkünfte freizugeben.

Zum Thema Wohnortmarketing meint François Scheidegger, dass dies kein Papiertiger ist. Es wurde im Businessplan so aufgenommen. Für die nächsten GR-Sitzung vom Januar 2017 wird das Geschäft „*Businessplan 2015 - 2018: Jährliche Berichterstattung zum Aktionsplan per Ende 2016*“ traktandiert. Hier wird auch zum Wohnortmarketing Rechenschaft abgelegt werden. Man hat hier bereits ein Projekt in Arbeit.

François Scheidegger bezieht sich auf die aufgeworfene Frage, ob die Wohnungen marktgerecht vermietet sind. Das kann ganz klar bejaht werden. Warum Richard Aschberger vor vier Jahren bei der Behandlung der Interpellation die Auskünfte nicht gegeben werden konnten, entzieht sich seiner Kenntnis. Er war damals noch nicht Stadtpräsident. Er möchte aber betonen, dass die vorliegenden Bewertungen und Berechnungen nicht durch die Baudirektion, sondern durch einen externen Fachmann vorgenommen wurden. Das ist mit einem gewissen Aufwand und auch mit gewissen Kosten verbunden. Er ist froh über die Erkenntnisse, die auch im Projekt Effibau Eingang gefunden haben. Der Aufwand hat sich sicher gelohnt.

- 2.11. Heiner Roos kann bestätigen, dass die Stellenprozente in der Liegenschaftsverwaltung effizient eingesetzt sind. Man hat 110 Prozente. Er glaubt, dass dies bei der Anzahl Liegenschaften, Wohnungen mit den ganzen Kontrollen absolut marktgerecht ist. Es ist sicher nicht zu viel oder übertrieben, wenn eine Person für ein Portfolio von 38 Mio. Franken arbeitet. Gerade ältere Liegenschaften verursachen mehr Verwaltungsaufwand.
- 2.12. François Scheidegger gibt zu bedenken, dass man mit einem professionellen Bewirtschafter zusätzliche Schnittstellen schafft.
- 2.13. Ivo von Büren möchte wissen, ob sich der Liegenschaftsverwalter vor Ort begibt, wenn Reparaturen anfallen. Was ist die Aufgabe von Hanspeter Zumstein?
- 2.14. Je nachdem, so Heiner Roos, wie gross die Probleme sind, geht entweder der Liegenschaftsverwalter (z.B. für eine Waschmaschine) oder der Hochbau (z.B. wenn es um eine Fassade geht). Hanspeter Zumstein ist technischer Angestellter Hochbau, zu seinem Portfolio zählen Verwaltungsliegenschaften (Verwaltungsgebäude, Schulen, Kindergärten). Was der Hochbau an Leistungen erbringt, wird auf die jeweiligen Objekte aufgeteilt, d.h. dort verbucht, wo die Arbeiten angefallen sind. Physisch gibt es in der Liegenschaftsverwaltung nur die 110 Stellenprozente.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Der Antrag Ziff. 8.1 der Vorlage „*Auf die Gründung einer städtischen Immobiliengesellschaft wird verzichtet.*“ wird mit 12 : 3 Stimmen gutgeheissen.
- 3.2. Der Antrag Ziff. 8.2 der Vorlage „*Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.*“ wird mit 12 : 3 Stimmen gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4. Beschluss

- 4.1. Auf die Gründung einer städtischen Immobiliengesellschaft wird verzichtet.
- 4.2. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

Vollzug: KZL

BD
FV

0.9.1 / acs

Schulen Grenchen: Reporting 2015/2016

Vorlage: GLSG/14.09.2016

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Gesamtschulleiter Hubert Bläsi fasst die Vorlage zusammen und erläutert die wichtigsten Punkte des Reportings. Er möchte das Reporting nächstes Jahr bedarfsgerecht gestalten.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Bezugnehmen auf Seite 4 des Reportings erkundigt sich Gemeinderätin Nicole Hirt, ob nächstes Jahr die Gefahr besteht, dass die Grenzfälle zunehmen, wenn nur noch die Einschätzung der Lehrperson zählt.

- 3.1.1 Hubert Bläsi kann sich zu den Gefahren noch nicht äussern. Das Modell ist so neu, dass man es noch nie durchgespielt hat. Sicher ist, dass es Veränderungen geben wird, in welcher Art und Weise kann er heute noch nicht beantworten, das wird die Praxis zeigen.

- 3.2. Laut Nicole Hirt arbeiteten im Berichtsjahr an den Schulen Grenchen 180 Lehrpersonen. Sie möchte gerne wissen, wie viele Stellenprozente das sind.

- 3.2.1 Zuhanden des Protokolls liefert der Gesamtschulleiter folgende Zahlen (Stand: Januar 2017):

Total Stellenprozente Kindergarten = 2'174 %

Total Stellenprozente Primarschule = 6'288 %

Total Stellenprozente Oberstufe = 3'683 %

Total Stellenprozente Musikschule = 631 %

- 3.3. Nicole Hirt stellt sich die Frage, wie sinnvoll und wirkungsvoll der Test Check S3 ist, wenn man ihn im Mai des letzten Schuljahres durchführt und die Auswertung drei, vier Wochen vor Schulschluss kommt. Das ist keine Kritik, die sich an die Lehrpersonen richtet, sondern an das System. Aufgrund der Checks geht eine Woche drauf, die den Lehrpersonen nachher fehlt.

- 3.3.1 Hubert Bläsi fände es auch sinnvoller, wenn die Auswertung schneller käme. Er sieht hier eine Problematik des Systems. Um die riesige Menge bewältigen zu können, braucht es wahrscheinlich diese Zeit.
- 3.3.2 Nicole Hirt stört sich nicht daran, dass die Auswertung Zeit beansprucht - das kann sie nachvollziehen - sie fragt sich generell, wieso es diesen Test überhaupt braucht, wenn die Schüler drei Wochen später aus der Schule kommen.
- 3.3.3 Seit dem Schuljahr 2015/2016, so Hubert Bläsi, werden die Checks S2 und S3 flächendeckend an der Volksschule des Kantons Solothurn durchgeführt. Sie sind obligatorisch. Das wird vom Kanton so verlangt.
- 3.4. Gemeinderat Richard Aschberger fehlen gewisse Punkte im Reporting. Letztes Jahr wurde eine Umfrage durchgeführt, bei der man Sachen ankreuzen konnte, welche man drin haben wollte. Was ist damit passiert? In den Augen der SVP-Fraktion ist das Reporting, so wie es heute daherkommt, nicht sehr aussagekräftig. Die Vergleichszahlen, welche die SVP jahrelang gefordert hat und die sukzessive auch geliefert wurden, sind wieder nicht mehr im Reporting. Man hat nur reine Zahlen ohne prozentualen Abgleichung mit den Vorjahren. Es braucht einen Vergleich, um planen zu können. Z.B. bei Deutsch als Zweitsprache DaZ möchte er wissen, ob die Entwicklung so weitergeht, sich auf hohem Niveau stabilisiert. Das Reporting gibt auch keine Auskunft darüber, wie hoch der Ausländeranteil pro Schulkreis ist. In der Bildungsstatistik des Kantons Solothurn ist der Ausländeranteil enthalten. Dort spricht man Klartext, auch mit einer Entwicklung und Prognose. Man hat dort einen 3- oder 6-Jahresvergleich drin. Das fehlt im Reporting der Schulen Grenchen. Weiter möchte er noch wissen, wieso die Musikschule im Reporting nicht vorkommt. Er bekundet schon etwas Mühe damit, dass die Musikschule, welche einen grossen Budgetposten (Fr. 800'000.00 pro Jahr) darstellt, mit keinem Wort im Reporting erwähnt wird.
- 3.4.1 Hubert Bläsi ist froh um die Meldung aller Punkte, die im Reporting fehlen. Er verspricht, dass sie im nächsten Bericht berücksichtigt werden, sofern dies möglich ist. Er hat für die heutige Sitzung sämtliche detaillierten Angaben zu Fremdsprachigkeit und Ausländeranteil pro Schulkreis berechnet. Diese können bei ihm jederzeit eingesehen werden. Der Rest muss auf nächstes Jahr verschoben werden, auch die Berichterstattung über die Musikschule.
- 3.5. Nicole Hirt bezieht sich auf die Aussage im Reporting, wonach *die Frühlingskolonie mangels Leitungspersonen abgesagt werden musste*. Dafür, dass eine Ferienkolonie bei einem Lehrerkorps von 180 Personen abgesagt werden muss, hat sie schlichtweg fast kein Verständnis. Früher konnten die Lehrpersonen verpflichtet werden, in einem gewissen Turnus Lager zu leiten. Scheinbar ist das heute nicht mehr der Fall. Sie findet das extrem schade. Im Reporting vermisst sie auch einen Absatz über die Schulverwaltung selbst, welche ein nicht unwesentlicher Teil der ganzen Kosten im Bildungswesen ist. Es steht ebenfalls kein Wort über die Schulleitungen in Bezug auf ihre Führungsfunktionen drin (z.B. wie viele Mitarbeitergespräche haben sie durchgeführt, was haben sie genau gemacht etc.). Diese Angaben würden sie persönlich interessieren.
- 3.6. Laut Gemeinderätin Angela Kummer ist das Reporting auch für die SP-Fraktion ein Planungsinstrument, sie findet es deshalb relevant, dass man mehr Zahlen hat. Sie kann die Voten ihrer Vorredner nur unterstützen. Hilfreich wäre ebenfalls, wenn man im Bereich Schulsozialarbeit mehr Zahlen zur Verfügung hätte.

- 3.7. Gemeinderat Matthias Meier-Moreno hat gesehen, dass 83 Kinder die Logopädie besuchen. Sind das Kinder, die einmal pro Woche eine Stunde Logopädie haben, oder solche, die mehrere Stunden pro Woche haben? Für eine öffentliche Schule ist das eine recht hohe Anzahl.
- 3.7.1 Hubert Bläsi ist dieser Punkt ebenfalls aufgefallen. Er möchte aber an dieser Stelle die Leute nicht kritisieren und sagen, dass es zu viele oder zu wenige sind. Man müsste es einmal diskutieren und schauen, wie vorgegangen wird und wie fein resp. wie grob solche Störungen wahrgenommen und ab wann sie behandelt werden.
- 3.8. Stadtpräsident François Scheidegger dankt für die kritische Begutachtung. Die Bemerkungen werden zuhanden des nächsten Reportings entgegen genommen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Reporting der Schulen Grenchen 2015/2016.

Vollzug: GLSG

GLSG
SV

2.0.0 / acs

Schulprogramm der Schulen Grenchen 2016 – 2020

Vorlage: GLSG/07.11.2016

1. Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1. Gesamtschulleiter Hubert Bläsi fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.
2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.
3. Detailberatung
 - 3.1. Gemeinderat Richard Aschberger vermisst im Schulprogramm einen Hinweis oder einen Absatz betreffend Überprüfung der Elternbeiträge Mittagstisch, Tagesstrukturen, Kindertagesstätten etc. So eine Überprüfung braucht längere Zeit und muss geplant werden.
 - 3.2. Gemäss Hubert Bläsi ist das Schulprogramm ein Führungs- und Planungsdokument. Es legt in Form einer rollenden Planung die Entwicklungsschritte der Schulen Grenchen für die nächsten vier Schuljahre fest. Das Anliegen von Richard Aschberger betrifft nicht die Schulen und deren Alltag, sondern die Schulverwaltung, welche als Stabs-, Koordinations- und Triagestelle der Schulen Grenchen fungiert und zuständig ist für Musikschule, Tagesstrukturen, Schulsozialarbeit, Ferienheim Prägels, Kindertagesstätten, Frühe Förderung, Schulischer Gesundheitsdienst und die Stadtbibliothek. Die Schulverwaltung ist zuständig für die Überprüfung und Anpassung der Tarife und Elternbeiträge. Diese Pendezenz gehört nicht ins Schulprogramm.

Es ergeht einstimmig folgender
4. Beschluss
 - 4.1. Der Gemeinderat genehmigt das Schulprogramm 2016 – 2020.

Vollzug: GLSG

SV
GLSG

2.0.8 / acs

Genehmigung Ferienplan 2018/2019

Vorlage: GLSG/07.11.2016

1. Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1. Gesamtschulleiter Hubert Bläsi fasst die Vorlage kurz zusammen.

2. Eintreten
 - 2.1. Gemeinderat Matthias Meier-Moreno erkundigt sich, warum der Ferienplan in den Gemeinderat kommt, wenn er gar nichts dazu zu sagen hat.
 - 2.1.1 Hubert Bläsi führt aus, dass andere Städte und Gemeinden den Ferienplan nicht dem Gemeinderat zur Genehmigung unterbreiten. In Bettlach beispielsweise wird der Ferienplan vom Bildungsausschuss beschlossen.
 - 2.1.2 Stadtpräsident François Scheidegger nimmt das Anliegen zuhanden der Verwaltung entgegen.
Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung
 - 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss
 - 4.1. Der an die kantonale Regelung angepasste Ferienplan wird für das Schuljahr 2018/19 genehmigt.

Beilage: Ferienplan 2018/2019

SV
GLSG

2.0.0 / acs

Tennishalle Grenchen AG: Vertretung der Stadt Grenchen; Wahl eines Vertreters

Vorlage: KZL/25.11.2016

Gemeinderat Reto Gasser begibt sich als Kandidat in den Ausstand.

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Stadtschreiberin Luzia Meister verweist auf die Vorlage.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Reto Gasser wird für die Amtsperiode 2017 - 2021 als Vertreter der Stadt Grenchen im Verwaltungsrat Tennishalle Grenchen AG bezeichnet.

Zu eröffnen an: - Reto Gasser, Gemeinderat, Däderizstrasse 98, 2540 Grenchen
- Rolf Lüdi, Burgunderweg 4, 2540 Grenchen
- Daniel Graf, Präsident FDP, Fichtenweg 11, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL (Eröffnung)

KZL (Behördenverzeichnis)

0.1.8 / acs

Abschreibung von Vorstössen per 2016

Vorlage: KZL/30.11.2016

1. Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1. Stadtschreiberin Luzia Meister verweist auf die Vorlage.

2. **GRB 2911/22.03.2005 (P 169): Postulat Fraktion FDP: Massnahmen zur Minderung von Fürsorgeausgaben**
 - 2.1. Beschluss

Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

3. **GRB 2015/22.01.2008 (P 209): Postulat der SP-Fraktion: Überprüfung von Verträgen im Zusammenhang mit der Nutzung von Liegenschaften und Infrastruktur [betr. Verträge mit Fussballclub Grenchen und Wacker]**
 - 3.1. Beschluss

Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

4. **GRB 2590/24.04.2012 (P 277): Postulat Remo Bill (SP): „Wirtschaftsprojekte für die Region!“**
 - 4.1. Beschluss

Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

5. **GRB 2763/21.01.2014 (P 303): Motion Richard Aschberger (SVP): Auflösung Fachkommission Schulen Grenchen**
 - 5.1. Beschluss

Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

6. **GRB 2764/21.01.2014 (M 304): Motion Fraktion CVP: Durchführung einer anonymen Umfrage bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Grenchen**
 - 6.1. Beschluss

Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

7 GRB 2950/19.05.2015 (P 343): Postulat Fraktion CVP/glp: Verträge mit Fussballvereinen / Neuverhandlung

7.1. Beschluss

Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

8 GRB 2974/30.06.2015 (P 347): Postulat Fraktion CVP: Kauf der bisherigen Geschäftsliegenschaft der SWG durch die Stadt Grenchen

8.1. Beschluss

Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

Vollzug: KZL

SDOL
BD
Wifö
GLSG
PA
SWG

P 169
P 209
P 277
P 303
M 304
P 343
P 347

0.1.2.2 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1. **Kunsthaus Grenchen: Erhöhung im Budget 2017 / Antrag GR zHd. GV**
- 1.1. Der Gemeinderat hat am 25. Oktober 2016 bei der Behandlung des Massnahmenpakets mit 10 : 5 Stimmen Folgendes beschlossen (GRB 2154):
 - ID 32: Beitrag Kunsthaus um 10% reduzieren (Kürzung im Budget 2017 von Fr. 200'000.00 um Fr. 20'000.00 auf Fr. 180'000.00)
 - ID 60: Kunsthaus - Streichung Ankäufe (Streichung Fr. 15'000.00 im Budget 2017, kein Triennale-Jahr)
- 1.2. Mit Datum 17. November 2016 hat das Kunsthaus Grenchen ein Wiedererwägungsgesuch mit folgendem Inhalt eingereicht:
 - Der Betrag an das Kunsthaus soll auf der bisherigen Höhe belassen werden (2016 = Fr. 200'000.00);
 - Das Kunsthaus Grenchen ist mit der Streichung des Beitrages an die Ankäufe (zeitlich befristet auf ein Jahr) einverstanden (Einsparung von Fr. 15'000.00 gegenüber Vorjahr/ bzw. Fr. 25'000.00 gegenüber Triennale-Jahr).
- 1.3. Gemeinderat Marco Crivelli macht sich die Anliegen des Kunsthauses zu eigen und stellt den Antrag, den Beitrag an die Stiftung Kunsthaus wieder auf die bisherigen Fr. 200'000.00 zu erhöhen.
- 1.4. Beschluss (einstimmig)
- 1.4.1 Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:
 - 1.4.1.1 Der Kredit für den Beitrag an Stiftung Kunsthaus wird von Fr. 180'000.00 um Fr. 20'000.00 auf Fr. 200'000.00 erhöht.

FV
SMKS

3.1.5 / acs

Ansprache des Stadtpräsidenten zum Jahresschluss

1. Stadtpräsident François Scheidegger hält folgende Ansprache:

Das politische Jahr geht mit dieser Sitzung für den Gemeinderat und zu Ende. Es ist Brauch, dass der Stapi aus diesem Anlass einen Rückblick auf das öffentliche Geschehen in unserer Stadt und Region gibt.

Der Gemeinderat hat sich mit der heutigen Sitzung 12 Mal zu seinen Beratungen versammelt und 119 Geschäfte behandelt (2015: insgesamt 12 Sitzungen und 120 Geschäfte). Er tagte - ohne die heutige Sitzung - 30 Stunden und 35 Minuten (2015: insgesamt 33 Stunden und 50 Minuten). Die längste Sitzung dauerte 4 Stunden und 35 Minuten, die kürzeste 1 Stunde und 45 Minuten.

Die Gemeinderatskommission trat bis heute 14 Mal zu Sitzungen zusammen und beriet 152 Geschäfte (2015: insgesamt 14 Sitzungen, 155 Geschäfte). Das sind - ohne die GRK-Sitzungen vom 21. Dezember 2016 - insgesamt 38 Stunden und 55 Minuten (2015: insgesamt 38 Stunden und 55 Minuten). Die längste Sitzung dauerte 4 Stunden und 20 Minuten, die kürzeste 1 Stunde und 50 Minuten.

Aus der Menge der Geschäfte möchte ich - neben den üblichen Finanz-, Budget- und Rechnungsgeschäften und vielen persönlichen Vorstössen - stichwortartig nur einige wenige Dossiers hervorheben:

- *Neuer Kindergarten Ostquartier: Variantenentscheid*
- *Stadtbibliothek: Verlegung in die Alte Turnhalle / Bewilligung eines Projektkredit*
- *Schwimmbad Grenchen: Unterschutzstellung*
- *Provisorische Wahl Polizeikommandant (Christian Ambühl)*
- *Provisorische Wahl Gesamtschulleiter (Hubert Bläsi)*
- *Teilzonen- und Gestaltungsplan Sunnepark mit Sonderbauvorschriften*
- *Energiestadt Grenchen / Re-Audit 2016 / Energiepolitisches Programm 2016-2020*
- *Kantonales Projekt Start.Integration: Teilnahme als Pilotstadt*
- *Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung, Konzept Grenchen 2015 und Einführung einer Koordinationsstelle*
- *Änderung Gestaltungsplan Eschenrain West*
- *Änderung Gestaltungsplan Alters- und Pflegeheim Kastels*
- *Revision Ortsplanung / Räumliches Leitbild / Orientierung*

- *Präsentation der neuen Wirtschaftsförderung (Karin Heimann)*
- *Provisorische Wahl Stadtbaumeisterin (Drazenka Dragila)*
- *Schulraumplanung Primarschule: Berichte Phase 1 und 2 und Auslösung Phase 3*
- *Mehrmals Informationen zum Projekt Effibau*
- *Finanzstrategie Stadt Grenchen*
- *Massnahmenpaket I – Teilziele Budget 2017*
- *Erhöhung Hundesteuer ab 01.01.2017*
- *Gemeindeordnung: Stille Wahl Vize-Stadtpräsident*
- *Gemeindeordnung: Auslagerung Rechnungsprüfung*

Gerne erinnere ich mich auch an die diverse andere wichtige Anlässe, welche im 2016 in Grenchen abgehalten wurden, wie z.B. den Tag der offenen Tür Asylzentrum Grenchen (06.02.), den Internationalen Zauberkongress (22.-24.04.), die Kulturnacht (30.04.), das Grenchner Fest (09.-11.09.), die Generalversammlung Schweiz. Vereinigung städtischer Polizeichefs (12.05.), die Vernissage Broschüre Kunst im öffentlichen Raum (31.05.), die Tagung Pro Senectute – Älter werden in Grenchen (11.11.)

Die wiederkehrenden Anlässe wie beispielsweise die Kulturpreisverleihung (14.01.), die Sportlerehrung (04.03.), die Rangschwinget (10.04.), der Grenchenberglauf (19.06.), die Donnerstagabend-Rennen im Velodrome, das Heli-Weekend (23.-24.04.), die mia (25.-29.05.), der Coffre ouvert (02.07.), der Uhrencup (13.-19.07.), der Rock am Märetplatz (06.08.), die Jungbürgerfeier (29.09.), die Altersehrung, die Grenchner Wohntage, die Chürbisnacht (28.10.) oder der Weihnachtsmarkt (09.-11.12.) sind immer wieder beliebte Highlights in Grenchen für Gross und Klein.

In diesem Jahr sind auch etliche Jubiläumsfeiern in Grenchen abgehalten worden, so z.B. 125 Jahre Kinderheim Bachtelen, 100 Jahre Ypsotec AG, 40 Jahre Jurasternwarte, 40 Jahre Suppentag, 30 Jahre EP Digirama, 25 Jahre Alterszentrum am Weinberg, 20 Jahre Stiftung Schmelzi, 20 Jahre Chürbisnacht, 20 Jahre Weihnachtsmarkt und 10 Jahre Erdgasbusse Grenchen.

Im Geschäftsbereich Wirtschaftsförderung weht ein frischer Wind. Nach mehr als 30 Jahren wechselte das Mandat für die städtische Wirtschaftsförderung per 1. Juli 2016 von der Firma BHP - Hanser und Partner AG, Zürich, zur Firma Karin Heimann GmbH, Egerkingen. Karin Heimann hat sich schnell und gut eingearbeitet und führt die neuen und laufenden und Projekte und Geschäfte effizient. Viele Kontakte mit Verbänden, Unternehmen, Gewerbetreibenden und Privatpersonen fanden statt. Die geschätzte Zusammenarbeit mit der Kantonalen Wirtschaftsförderung soll ebenfalls gestärkt werden. Auch Kontakte mit Regierungsrätin und Direktorin des Volkswirtschaftsdepartementes Esther Gassler fanden statt. Unter anderem besuchte sie auf Einladung der Wirtschaftsförderung Stadt Grenchen die Firma Rotoflex AG.

Die Städtepartnerschaften wurden dieses Jahr im gewohnten Rahmen gepflegt. Der Sprechende besuchte mit Vize-Stadtpräsident Urs Wirth den Corso Fleuri in Sélestat. Auch die Schwyzerörgelifründe Grenchen wurden eingeladen. Sie nahmen am Umzug teil und sorgten mit ihrer Volksmusik für gute Stimmung. Gegenbesuche gab es aus Anlass des Grenchner Stadtfestes unter dem Motto „Back to the fifties“. Delegationen aus Sélestat und Unterschächen genossen die gute Stimmung am gelungenen Fest.

In Neckarsulm fand am 18. September 2016 die Oberbürgermeisterwahl statt. Der bisherige Amtsinhaber Joachim Scholz unterlag deutlich. Steffen Hertwig (47), Jurist, unabhängiger Kandidat (früheres langjähriges Mitglied der SPD), siegte im ersten Wahlgang mit 52,5 Prozent der Stimmen. Die Amtseinsetzung fand statt am 7. November 2016. Oberbürgermeister Steffen Hertwig wird die Geschicke der Stadt Neckarsulm für die kommenden acht Jahre lenken. Er steht vor grossen Herausforderungen. Die Stadt Neckarsulm muss durch den VW-Skandal mit Gewerbesteuer ausfällen in zweistelliger Millionenhöhe rechnen. Im weiteren soll im 2019 die Deutschland-Zentrale der Lidl-Verwaltung von Neckarsulm nach Bad Wimpfen verlegt werden, was weitere Steuerausfälle zur Folge haben wird. Die guten Beziehungen und der Austausch zwischen den Städten Grenchen und Neckarsulm sollen im nächsten Jahr fortgeführt werden.

Das defizitäre Budget 2017, welches am 15. Dezember 2016 der Gemeindeversammlung vorgelegt wird, verdeutlicht die ungünstige Entwicklung der städtischen Finanzen.

Das Resultat zeigt nach wie vor leicht steigende Sozialkosten und höhere Bruttoausgaben im Bereich Kultur und Sport. Hauptgrund für das sich abzeichnende Defizit sind jedoch tiefere Steuereinnahmen bei den juristischen Personen.

Der aktuell gültige Finanzplan beinhaltet die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III nicht. Der Regierungsrat hat im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform III am 3. November 2016 einen Gewinnsteuersatz für juristische Personen von 12,9% bekanntgegeben. Der Kanton Solothurn würde damit zu den attraktiveren Standorten zählen. Die zu erwartenden Steuerausfälle belasten die Finanzen der Gemeinden zusätzlich. Insbesondere für die Gemeinden ist die Finanzierung dieser Reform noch nicht gelöst. Sie trifft vor allem Gemeinden mit Firmen im Industrie- und Dienstleistungsbereich bzw. deren Steuereinnahmen, somit trifft es auch die Stadt Grenchen. Der Gemeinderat hat 2016 ein erstes Massnahmenpaket zur Reduktion des strukturellen Defizits geschnürt, welches schrittweise umgesetzt wird. 2017 wird ein weiteres Massnahmenpaket folgen. Ziel dieser Massnahmen ist es, mittelfristig bzw. ab 2019 wieder ausgeglichene Ergebnisse präsentieren zu können.

Ich komme zum Schluss und danke den städtischen Angestellten sowie den Lehrerinnen und Lehrern für ihre Arbeit und für ihr Engagement. Danken möchte ich Euch allen für die konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat. Mein besonderer Dank gilt Vize-Stadtpräsident Urs Wirth, mit dem ich mich regelmässig austausche. Merci Urs!

Mein Dank geht auch an die Medienschaffenden für ihre faire, ausgewogene und wohlwollende Berichterstattung.

Ich wünsche Euch und Euren Familien allen eine besinnliche Vorweihnachtszeit, gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches, erfolgreiches Neues Jahr.

2. Gemeinderat Remo Bill, Fraktionschef SP, verdankt die Jahresabschlussrede von Stadtpräsident François Scheidegger. Es wurde dieses Jahr viel gearbeitet nicht nur vom Stadtpräsidenten und dem Gemeinderat, sondern auch von der Gemeinderatskommission und der Verwaltung. Ihnen allen gebührt ein grosses Dankeschön für ihren Einsatz.

